

Lagerung von AKW-Schutt: Ärger in Harrislee

HARRISLEE „Sehr geehrter Herr Minister Albrecht. Was genau an den Beschlüssen der Gemeindevertretung, dass eine Deponierung freizumessender Abfälle hier keine Zustimmung findet, ist eigentlich unklar?“ fragt Martin Ellermann. Umweltminister Albrecht ist an diesem Donnerstagabend bei der Sitzung der Gemeindevertreter zwar nicht anwesend, aber trotzdem nutzen Verwaltung und Gemeinde die Gelegenheit, ihrem Unmut Luft zu machen.

Denn schon vor Monaten, im Mai dieses Jahres, hatte der Landtag beschlossen, die Deponierung von sogenannten freizumessenden Abfällen aus dem AKW-Rückbau notfalls per Zwang zuweisen zu können – ohne die Gemeinde darüber zu informieren. „Das kann man nicht als vertrauensbildende Maßnahme bezeichnen“, sagt Björn Ulleseit (SSW). „Wir sehen als Gemeindevertretung keine Veranlassung, dass wir uns gegen die Ängste unserer

Bürger stellen.“ Anders als im Fall hoch- und mittlerradioaktiv strahlender Abfälle wird für den Bauschutt kein eigenes Endlager gebaut.

Es handelt sich dabei um die sogenannten freigemessenen oder freizumessenden Materialien – das sind laut Bundesamt für Strahlenschutz schwach radioaktive Stoffe, die nach der beurteilenden Messung keine weitere Überwachung mehr benötigen und auf Deponien entsorgt werden können. Dabei handelt es sich beispielsweise um Dämmstoffe, die beim Rückbau anfallen. Angela Wolff von der Bürgerinitiative betont jedoch dazu: „Die Abfälle, um die es hier geht, sind belastete Abfälle aus dem Reaktorbereich.“

Mit dem Beschluss des Landtages und des fortschreitenden Rückbaus des AKW Brunsbüttel rückt die mögliche Zwangszuweisung nun immer näher: „Mit großem Bedauern haben wir zur Kenntnis genommen, dass die politische Willensbil-

dung abgeschlossen zu sein scheint“, sagt Ellermann. Von dem „Freibrief“, den die Zwangszuweisung darstelle, „will das Ministerium offenbar bald Gebrauch machen“, befürchtet er. Auch Jürgen Schirsching (SPD) kritisiert die Vorgänge: „Wir als SPD-Fraktion

.....

„Wir sind wütend und gleichzeitig enttäuscht, dass wir über solch eine sensible und wichtige Bürgerinitiative informiert werden.“

Jürgen Schirsching
SPD-Fraktion

.....

sind wütend und gleichzeitig enttäuscht, dass wir über solch eine sensible und wichtige Information über die Bürgerinitiative informiert werden.“

Im Paragraphen 1 der Gemeindeordnung sei festgehalten, dass „wir das Wohl unserer Einwohner fördern und zugleich in Verantwortung für zu-

künftige Generationen handeln. Diesem Paragraphen sehen wir uns verpflichtet und fordern die Verwaltung auf, alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen“, so Schirsching. Bürgermeister Ellermann bestätigte, dass die Gemeinde in der Sache Beistand von einem Fachanwalt habe. Rechtsmittel könne jedoch nur die Firma Balzersen selbst einlegen, auf deren Deponie die Abfälle gelagert werden sollen. Bislang hält das Unternehmen zur Gemeinde und ihrem Standpunkt, die Deponie nicht für die Lagerung von AKW-Schrott zur Verfügung zu stellen.

Seit gut vier Jahren kämpft die Gemeinde dagegen, den AKW-Schutt aufnehmen zu müssen. Umweltminister Jan Philipp Albrecht wurde dazu mehrfach zitiert: „Nach meiner Einschätzung besteht kein gesundheitliches Risiko für Anwohner, weil die AKW-Abfälle mit bis zu zehn Mikrosievert deutlich geringer strahlen als die natürliche Umwelt mit

mehr als 2000 Mikrosievert“, sagte er.

Trotzdem seien mittelbare Folgen für die Gemeinde nicht auszuschließen, sagt Bürgermeister Ellermann: „In dieser Hinsicht sind Einflüsse auf den Tourismus und die gefühlte Lebens- und Wohnqualität zu befürchten. Diese Risiken gilt es hier in Harrislee zu vermeiden.“

Zuletzt hatte es das Gerücht gegeben, dass der Standort Lübeck-Niemark für die Zwangszuweisung favorisiert werde. Das wollte das Umweltministerium jedoch noch nicht bestätigen. Insgesamt kommen neben Harrislee und dem Lübecker Standort noch Wiershop (Kreis Herzogtum-Lauenburg) und Johannistal (Ostholstein) in Frage. Obwohl der Kampf gegen die AKW-Abfälle fast verloren scheint, will Bürgermeister Ellermann zumindest nicht widerstandslos aufgeben: „Bleiben wir aufmerksam, wachsam und wehren wir uns“, sagt er. ank